



Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Sonnabend, den 19. Juni 1880.

Nr. 282.

Abonnements-Einladung.

Unsere geehrten Leser, namentlich die auswärtigen, bitten wir, das Abonnement auf unsere Zeitung recht bald erneuern zu wollen, damit ihnen dieselbe ohne Unterbrechung zugeht und wir sogleich die Stärke der Auflage feststellen können. Die reichhaltige Fülle des Materials, welches wir aus den politischen Tagesereignissen, aus den jetzigen so interessanten Kammerberichten, aus den lokalen und provinziellen Begebnissen darbieten, die Schnelligkeit unserer Nachrichten ist so bekannt, daß wir es uns versagen können, zur Empfehlung unserer Zeitung irgend etwas zuzufügen. Wir werden auch fernerhin für ein spannendes und interessantes Feuilleton sorgen.

Der Preis der zweimal täglich erscheinenden **Stettiner Zeitung** beträgt außerhalb auf allen Postanstalten vierteljährlich nur **zwei Mark**, in Stettin in der **Expedition monatlich 50 Pfennige**, mit **Bringerlohn 70 Pfg.**
Die Redaktion.

Landtags-Verhandlungen.

Abgeordnetenhaus.

78. Sitzung vom 18. Juni.

Präsident v. Küller eröffnet die Sitzung um 11 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Am Ministerische: Kultusminister v. Puttkamer und die Geheimen Räte Lucanus und Dr. Hübler.

Das Präsidium wird ermächtigt, aus Anlaß der Verlobung des Prinzen Wilhelm von Preußen die Glückwünsche des Hauses dem Kaiser, dem Kronprinzen und dem Prinzen Wilhelm auszusprechen.

Zahlreiche Urlaubsgesuche werden bewilligt, darunter mehrere für die Dauer der Session.

Tagesordnung.

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs betreffend Änderungen der kirchenpolitischen Gesetze.

Nachdem der Referent Abg. Dr. Grimm über einige zu Art. 1 vorliegende Petitionen berichtet, deren Erledigung zugleich mit Art. 1 erfolgen soll, wird die Spezialdiskussion über den letzteren eröffnet.

Art. 1 lautet nach der Regierungsvorlage:

„Das Staatsministerium ist ermächtigt, mit Königlichem Genehmigen

1) die Grundzüge festzustellen, nach welchen der Minister der geistlichen Angelegenheiten von den Erfordernissen der §§ 4 und 11 im Gesetz vom 11. Mai 1873 dispensiren, auch ausländischen Geistlichen die Vornahme von geistlichen Amtshandlungen oder die Ausübung eines der im § 10 erwähnten Aemter gestatten kann;

2) den nach den §§ 4, 8 und 27 im Gesetz vom 11. Mai 1873 erforderlichen Nachweis wissenschaftlicher Vorbildung, soweit derselbe gegenwärtig durch Ablegung einer wissenschaftlichen Staatsprüfung zu führen ist, anderweitig zu regeln, auch

3) zu bestimmen, inwieweit und unter welchen Voraussetzungen Personen, welche ausländische Bildungsanstalten besucht haben, von den in den §§ 1 und 10 des Gesetzes vom 11. Mai 1873 erwähnten Aemtern fern zu halten sind.“

Hierzu beantragen:

1) Abg. v. Vandenberg: an Stelle des Art. 1 der Regierungsvorlage zu setzen: „Das Staatsministerium ist ermächtigt, mit Königlichem Genehmigen die Grundzüge festzustellen, nach welchen der Minister der geistlichen Angelegenheiten befugt ist, diejenigen, welche von den geistlichen Oberen dem Oberpräsidenten in Gemäßheit des Gesetzes vom 11. Mai 1873 benannt sein werden, von den Erfordernissen der §§ 4 und 11 desselben Gesetzes zu dispensiren. Ausländischen Geistlichen kann der Minister der geistlichen Angelegenheiten die Vornahme von Amtshandlungen in Grenzdistrikten gestatten.“

2) Abg. Dr. Brühl: Dem Art. 1 folgende Fassung zu geben: „Das für Bekleidung eines geistlichen Amtes im Gesetz vom 11. Mai 1873,

§§ 4 und 8, vorgeschriebene Erfordernis der Ablegung einer wissenschaftlichen Staatsprüfung ist aufgehoben. — Der Minister der geistlichen Angelegenheiten ist ermächtigt, von den übrigen Erfordernissen des § 4 und von dem Erfordernisse des § 11 im gedachten Gesetze zu dispensiren, auch ausländischen Geistlichen die Vornahme von geistlichen Amtshandlungen oder die Ausübung eines der im § 10 erwähnten Aemter zu gestatten. Die Grundzüge, nach welchen dies zu geschehen hat, sind vom Staatsministerium mit Königlichem Genehmigen festzustellen.“

3) Abg. Frhr. v. Zedlitz: Für den Fall der Annahme des Art. 1: a. der Nr. 1 folgende Fassung zu geben: 1) die Grundzüge festzustellen, nach welchen der Minister der geistlichen Angelegenheiten befugt ist, diejenigen, welche von den geistlichen Oberen dem Oberpräsidenten in Gemäßheit des Gesetzes vom 11. Mai 1873 benannt sein werden, von den Erfordernissen der §§ 4 und 11 desselben Gesetzes zu dispensiren. Ausländischen Geistlichen kann der Minister die Vornahme von Amtshandlungen in Grenzdistrikten gestatten; b. Nr. 2 zu streichen; c. als Nr. 2 die Nr. 3 der Regierungsvorlage anzuschließen.

(Es haben sich 9 Redner für und 9 gegen die Vorlage zum Wort gemeldet.)

Abg. Dr. Reichensperger (Dlp.) führt gegen die Vorlage aus, daß die Regierung anscheinend auf das Zustandekommen der Vorlage nicht besonderen Werth lege. Das gehe schon daraus hervor, daß die freikonservative Partei sich weigere, der Regierung Gesetzesfolge zu leisten. Daraus lasse sich auch der Schluß ziehen, daß auch die Wirksamkeit des Gesetzes in ihrem praktischen Werthe sehr herabgemindert werde. Die Regierung habe geglaubt, es werde gelingen, vom Papst Garantien zu erhalten, daß das Centrum hier und im Reichstage ein besseres Wohlverhalten ihr gegenüber beobachte. Nachdem der römische Stuhl darauf geantwortet, daß ihm hierzu die Macht fehle, habe der Reichskanzler erklärt, daß er nichts mehr mit dem römischen Stuhle zu verhandeln habe; derselbe könne nichts bieten. Die Regierung müßte sich doch selbst sagen, daß der Papst allerdings etwas zu bieten im Stande sei: die Wiederherstellung des inneren Friedens, die Wiedererweckung der Liebe der katholischen Unterthanen zur Regierung und die Möglichkeit der Wiederbelebung des religiösen Lebens. Das seien doch Anerbietungen, die die Regierung befrachten könnten. Er seinerseits wünsche jede Linderung der Leiden der katholischen Kirche, er würde glücklich sein, wenn es gelänge, auch nur eine einzige der verwaisten Gemeinden wieder in den Besitz einer geordneten Seelsorge zu setzen. Aber gegenüber diesen Wünschen könne er doch nicht die Augen verschließen vor den Gefahren, die eine Zustimmung zu dem Gesetze im Gefolge haben müßte, den Gefahren, die darin bestehen, daß bei einer diskretionären Gewalt von wechselnden Ministerien, bei welchen Personen keine Garantien bieten, von der Vollmacht auch ein friedlicher Gebrauch gemacht werden würde. Er halte deshalb die Vorlage nicht für geeignet, einen dauernden Frieden herbeizuführen. Dies erkläre die reservierte Stellung des Centrums. Anders verhalte es sich allerdings mit den liberalen Parteien, die nur freilich seien im Reichstag; im Geben von Freiheitsrechten seien sie zurückhaltend. Redner kritisiert die Vorlage im Einzelnen und empfiehlt den Antrag Brühl, der allein geeignet sei, eine Verständigung herbeizuführen.

Kultusminister v. Puttkamer: Es ist mir nicht unerwartet, daß heute so vielfach wieder auf die Generaldiskussion zurückgegriffen wird. Insbesondere hat der Abg. Reichensperger-Dlp. immer und immer wieder sich in die generellen Bedenken gegen die Vorlage vertieft. In Anknüpfung hieran gestalte ich mir deshalb auch einige Äußerungen mehr allgemeiner Natur, um dann später auf Artikel 1 einzugehen, der mir bisher von allen drei Rednern ziemlich steifmütterlich behandelt scheint. Der Abg. Reichensperger meinte, der Inhalt der Vorlage sei durch die Kommission dergestalt verunstaltet, daß man nicht mehr wisse, was von der Vorlage noch gesund herausgekommen ist. Ja, aus der Kommission ist ja überhaupt nichts herausgekommen und das ist ein für mich relativ günstiges Ergebnis (Heiterkeit), denn wir haben es jetzt nur noch mit dem Regierungsentwurf zu thun. Die Kommissionsarbeit war also pro nihilo, für mich persönlich aber von äußerstem Interesse und größter

Information. Gleich darauf behauptet Herr Reichensperger, er müsse aus der Haltung einer der Parteien dieses Hauses entnehmen, daß der Regierung an dem Entwurf nicht viel liege. M. H., ich glaube, keine Partei erwartet, daß die Regierung ihre Entschlüsse von der Stellung der Parteien abhängig macht, die Regierung muß sich bei dieser Vorlage lediglich ihrer Pflichten gegen das Land bewußt sein. (Abg. Windthorst: Sehr richtig!) Sie bringt Ihnen eine wohlbedachte Vorlage, deren Grundprinzipien sie wenigstens angenommen wünscht. Was die Parteien darüber denken, hat ja an sich sehr hohen Werth, für die schließliche Entscheidung der Regierung aber nicht.

Ferner wird uns die Zweifeln-Theorie entgegengehalten, nun soll die Vorlage sehr werthvoll sein, der Ministerpräsident halte sie aber nicht für so wichtig. Wer kann so etwas im Ernst behaupten? (Lachen im Centrum.) In dieser Frage, einer Frage von der fundamentalsten Wichtigkeit, wie keine seit Jahrzehnten, kann im Staatsministerium nichts anderes herrschen als vollkommene Solidarität bis an das Ende der Debatte und der Entscheidung. (Sehr gut! rechts.) Meine beiden Herren Kollegen neben mir werden mir bezeugen, daß wir Alle tief durchdrungen sind von dem Ernste der Entscheidung über die Vorlage, die dem Wohle des Landes förderlich sein soll. (Bravo! rechts.) Nun nennt Herr Reichensperger die Vorlage ein halbes Ding; energische Umkehr sei nöthig, ganze Umkehr. Demnach hat er den Gedanken der Vorlage nicht verstanden. Von einer Umkehr ist darin überhaupt nicht die Rede. (Unruhe im Centrum; Rufe: Leibel!) Die Vorlage ist der bestgemeinte Versuch, dem Lande den langentbehrten inneren Frieden, den katholischen Mitbürgern die ungestörte Befriedigung ihrer religiösen Bedürfnisse zu sichern. Den Vorwurf, daß die Vorlage die Nation korrumpire, weise ich mit aller Entschiedenheit zurück. (Bravo! rechts.) Ist die Vorlage Gesetz, so wird sie in loyalster Weise ausgeführt werden, dafür bürgte ich Ihnen, so lange ich Minister bin, mit der Verantwortlichkeit eines ehelichen Mannes. (Bravo! rechts.)

Der Abg. Reichensperger vertritt ferner machiavellistische Absichten hinter der Vorlage, während dieselbe auf der linken Seite für eine Schwäche der Regierung angesehen wird. Ich erwidere auf das letztere in aller Bescheidenheit: Eine preussische Staatsregierung, an deren Spitze der Fürst-Reichskanzler steht, für einen politischen Schwächling zu halten, ist ein Gebanke, der bloß durch seine Neuheit interessant ist. (Heiterkeit.) Der Abg. Dr. Gneist hat mir im Eingange seiner Rede die Worte förmlich von den Lippen genommen. Die preussische Regierung hat den kirchlichen Nothstand allerdings nicht verschuldet. Hätten die höchsten Organe der katholischen Kirche uns dieselben einfachen Pflichten kondicirt, die sie in deutschen Mittelstaaten, z. B. in Würtemberg, seit 18 Jahren ohne Anstände erfüllen, so würde bei uns ebenso ein völlig befriedigendes Verhältniß herrschen wie dort, denn was in Würtemberg möglich ist, sollte in Preußen nicht unmöglich sein. Dennoch wollen wir nicht untätig abwarten; zu meiner Freude perhorreszirt auch der Abg. Dr. Gneist diesen Standpunkt und erkennt die politisch-moralische Pflicht der Regierung an, das Ihrige zu thun, um den bedrückten Zuständen ein Ende zu machen. Das ist der Grundgedanke der ganzen Vorlage, und ich schöpfe aus der Haltung des Abg. Gneist auch weitere Hoffnung auf das Zustandekommen des Gesetzes. — Die einzelnen Amendements zu Artikel 1 bewegen sich in verschiedenen Richtungen. Das des Abg. D. Brühl will nicht mildern, sästigen, modifiziren, sondern aufheben, und zwar in einer Weise, daß bei Lichte besehen von der Mäiessgebung nichts übrig bleibt. Wir haben es hier nicht mit dem Centrum, sondern mit den katholischen Unterthanen zu thun, denen wir gern helfen möchten. Eine politische Wirkung erhoffe ich von dem Gesetze gegen das Centrum, nicht die der gewaltthätigen Vernichtung, sondern des allmählichen Verbüßens. (Stürmische Heiterkeit.) Ich bitte also, die Amendements Brühl abzulehnen. Der Antrag v. Vandenberg und Genossen nennt ausdrücklich die Angelegenheit, wogegen ich nichts zu erinnern habe. Den wesentlichsten Moment des Art. 1 will daher dieser Antrag ganz fallen lassen, nämlich im Absatz 3 die Forderung, daß die Religionsdiener sich mit den nöthigen Wissenschaften und mit den nöthigen nationalen Gesinnungen ausrüsten. Darauf muß der

Staat bestehen, wenn man sich auch in der Rommission bis dahin verweigert hat, diese Forderung als ein Attentat auf die Freizügigkeit oder gar auf die Freiheit zu brandmarken. (Unruhe und Widerspruch im Centrum.) Es kann nun Jemand alle positiven Erfordernisse der geistlichen Vorbildung absoolviren haben und doch durch den Besuch einer solchen Anstalt mit einem Geiste erfüllt worden sein, der für uns bedenklich ist. Deshalb nimmt die Regierung die im Art. 1 vorgesehene Befugniß für sich in Anspruch. Ich will hier meine Betrachtungen vorläufig schließen und Sie nur bitten: Nehmen Sie den Art. 1 an und errichten Sie damit das Fundament für die Möglichkeit des Zustandekommens einer guten und brauchbaren Vorlage. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Stroffer: Ich begrüße die Vorlage als einen ersten Schritt auf der Bahn der Versöhnung, als eine gewisse Abschlagszahlung von Seiten der Regierung. Durch die Mäiessetze ist unfähiges Unheil über die katholische Kirche herabgebrochen, aber auch in der evangelischen Kirche haben sie viele Klagen hervorgerufen, und wenn ich meine Zustimmung zu der Vorlage gebe, so geschieht es nicht ohne Rücksicht auf die Personen, die sie eingebracht haben, und ihre Bestimmungen durchführen werden. Ich bin der Ueberzeugung, daß diese Personen ihre Machtbefugnisse nicht überschreiten werden und deshalb schwinden viele Bedenken bei mir, die ich sonst gegen die Vorlage habe. Man kann es sehr wohl in diese Hände legen, in vielen Fällen nach eigener Meinung zu handeln, anstatt den starren Gesetzesbuchstaben in Anwendung zu bringen. Man kann die katholische Kirche nicht durch die Staatsgesetze allein regieren, sondern braucht dazu auch die Gewalt des Papstes, deshalb lege ich es am liebsten in die Hände der Regierung, mit dieser Instanz zu verhandeln, und durch das von meiner Partei eingebrachte Amendement wird dem § 1 diese eingeschränkte Macht gegeben. Wenn heute gesagt ist, die Regierung sei nicht schuldig an dem Kulturkampf, so bin ich damit nicht ganz einverstanden, aber wohl glaube ich, daß, wenn wir in den Jahren der Einbringung der Mäiessetze ein Ministerium Puttkamer gehabt hätten, die Folgen des Gesetzes ganz andere gewesen wären, als sie heute sind. Wie der Abg. Gneist die Unschuld seiner Partei am Kulturkampf hier proklamiren kann, ist mir unverständlich. Ich möchte nur an die einzelnen Momente des Kulturkampfes erinnern, an den Klostersturm z. B., wor wird da von einer Unschuld der nationalliberalen Partei reden können? Es war hohe Zeit, den Dingen ein Ende zu machen, wie sie sich aus dem achtjährigen Kampfe entwickelt haben. Sie haben damals in einer Weise gewirkt, die unerhört ist. Die Kulturkampf-Gesetze sind mit Dampf gemacht worden. Die Gesetze vom 11. 12. Mai u. s. w. erinnern an die strengen Heiligen Pankratius und Servatius. (Große Heiterkeit.) Die katholische Kirche hat aber dennoch diese Gesetze ertragen, sie ist unter den Lasten, die auf sie gelegt worden, nicht zusammengebrochen. Die Kirche hat zunächst ein göttliches Recht für sich in Anspruch zu nehmen. Es ist begründet in dem Auftrage, den unser Herr und Heiland seinen Jüngern gegeben hat. Jenes Recht, das die Kirche seit 18 Jahrhunderten trotz aller Stürme und Anfechtungen durchgeföhrt hat, steht jetzt fest und unerschütterlich da; sie hat es auch dem Staate gegenüber geltend zu machen. Es ist von den unveräußerlichen Rechten des Staates gesprochen worden. Meine Herren! Ebenso unveräußerlich sind aber die Rechte der Kirche. Ich halte an dem Grundsatz fest: Den Einen lieben und den Andern ehren. Es kommt mir oft ganz wunderbar vor, wie ein Mann, wie der Abg. Brühl, in kirchlicher Beziehung solche Gedanken äußern kann, wie er es gethan. Durch die völlige Freigebung aller kirchlichen Verhältnisse würde eine Lage geschaffen werden, die in keiner Weise zu wünschen ist. Herr Abg. Gneist wirft seinen Gegnern vor, daß sie mit Sophismen kämpften. Ich muß aber gestehen, daß ich in seiner heutigen Rede eine große Anzahl Sophismen gefunden habe. Er sagte, der katholische Geistliche unterwerfe sich nicht eher den Landesgesetzen, als bis er dazu von der Kurie die Genehmigung erhalten habe. Nun, ich meine, daß der katholische Geistliche doch nicht seinen kirchlichen Gesetzen zuwiderhandeln könne; er muß sich daher über deren Vereinbarkeit mit den Staatsgesetzen informieren. Was den § 1 betrifft, so em-

— Von der Jury der Gewerbe-Ausstellung zu Neu-Strelitz wurde bei der am 14. d. M. stattgefundenen Preisvertheilung dem Bürsten- und Pinselfabrikanten Herrn Gustav Dupuis hier für ausgesetzte Bürsten und Pinsel ein Ehrenpreis zuerkannt.

— Einem Königsplatz Nr. 6 wohnhafter Fräulein wurde in der Zeit vom 14. bis zum 16.

isols" auf telegraphischem Wege berichtet. Die Kaiserin war am Morgen des 1. Juni von Stelitz aufgebrochen und äufserte unterwegs den Wunsch, an einer Hügelleide aufzustiegen, wo einst die Ambulanz Halt gemacht hatte, welche die sterblichen Reste des Prinzen entgegennahm. Von hier stieg Ihre Majestät die Abhänge des Thals hinab und wandte sich nach der Donga, in welcher der Leichnam ihres Sohnes gefunden worden war; sie legte auf die Weise denselben Weg von etwa einer Meile zurück, den die englischen Offisiere genommen hatten, welche die irdische Hülle des unglücklichen Jünglings abholten. Der Weg ist steinig und uneben; man stellte dies der Kaiserin ehrfürchtvoll vor; sie aber wollte nichts hören und setzte ihre Wanderung fort. Von ferne leuchtete das kürzlich errichtete Monument; es hob sich weiß von der dunklen Farbe der vertrockneten Prairien ab. Die Kaiserin sah nichts; sie schien das Denkmal erst gewahr zu werden, als sie schon am Rande der Donga selbst angelangt war. Da erhob sie die Hände in flehender Haltung gen Himmel; große Thränen rollten über ihre abgemagerten Wangen; sie sprach kein Wort, stieß keinen Ruf aus, nur ein dumpfes Schluchzen entrang sich ihrer Brust; dann neigte sie das Haupt sanft auf die Schulter und ließ sich auf die Knie nieder. Der Marquis von Vassano allein kniete neben ihr in der Tiefe der Donga; das übrige Gefolge hielt einige Augenblicke auf den Höhen der Donga an und zog sich dann ein wenig zurück, um Ihre Majestät ganz ihrem Schmerz und ihrer frommen Pflicht zu überlassen. Ein Priester der französischen Mission sprach die Sterbegebete und einige Schritte davon rief der Bediente Lomas, der einzige Augenzeuge der Katastrophe, der zugegen war, das Drama, wie es sich vor einem Jahre zugetragen hatte, wach. Um den Kraal und die Donga wurden Zelte errichtet; die Kaiserin blieb den 1. und 2. Juni in dem dahames Thale; am 3. wurde das Lager abgebrochen; am 4. besuchte sie die Stelle des sogenannten Fort Napoleon, wo der Prinz in einer Verlorenstellung seinen ehrenvollen Ausgang gemacht hatte, und ermahnte Morles's Priester, durch die heidenmüthige Vertheidigung eines Handvoll Menschen. Der 5. Juni wurde dem Gedenke des Schlachtfeldes von Isandula gewidmet und hier verrichtete die Kaiserin ihr Gebet mit den englischen Damen, welche sie begleitet und wie die theuere Opfer für das Vaterland, Gatten und Brüder, zu beweinen hatten.

werde der Unterschied zwischen Mediation und Schiedsgericht hervorgehoben.